

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Februar 2007



In des Nachbarn Blechtopf kochen

Die Europäer sollen noch einmal ein Stückchen enger zusammenrücken. Das ist wirtschaftlich gemeint. Die Europäische Kommission, vertreten durch den deutschen Industriekommissar Günter Verheugen, will einen weiteren Versuch unternehmen, die Handelsschranken innerhalb der Europäischen Union abzubauen. Dazu bedarf es immer wieder neuer Anläufe. „Europa“ versteht sich zwar als großer Binnenmarkt, aber wer mit Gütern oder Dienstleistungen von Madrid nach Berlin oder von Prag nach Rom unterwegs ist, hat immer noch eine Menge bürokratischer Hindernisse zu überwinden.

Die im vorigen Jahr in Kraft getretene „Dienstleistungsrichtlinie“ hat hier einen kleinen – manche meinen: einen ärgerlich kleinen – Fortschritt gebracht. Nun will die Kommission sich aufmachen, dem freieren Handel mit Gütern auf die Sprünge zu helfen. Eigentlich sollte das gar nicht nötig sein, denn Freihandel gehört zu den Grundsätzen des europäischen Binnenmarktes. Mit dem Argument, man müsse seine Bürger vor Gesundheits- oder Sicherheitsrisiken schützen, wird dem freien Güterverkehr aber immer mal wieder ein neues Hindernis in den Weg gestellt. Je nach Konkurrenzlage und Beschäftigungssorgen gilt es dann als Risiko, eine Hautcreme aus Österreich in Portugal einzuführen oder in Frankreich eine Fischsuppe in einem polnischen Aluminiumtopf zuzubereiten.

Das alles sind meist vorgeschobene Besorgnisse, um die europäische Freihandelsregel auszuhebeln, nach der im Land A verkauft werden darf, was im Land B eine Unbedenklichkeitsprüfung bestanden hat. Das heißt: Die Hersteller müssen sich nur an die Regeln des eigenen Landes halten. Im Übrigen herrscht das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. Anders würde ein „Binnenmarkt“ nicht funktionieren. Zur Freiheit gehört es eben auch, in des Nachbarn Blechtopf kochen zu dürfen.

Hans D. Barbier

Das Ende der Kohlesubventionen?

Die Bedeutung der deutschen Steinkohle als heimischer Energieträger schwindet seit Jahren. Die Zahl der Bergleute, die Fördermenge und der Anteil an der Stromerzeugung sinken permanent. Ihre Boomzeit erlebten die deutschen Zechen in den 1950er Jahren: 1957 beschäftigten die rund 150 Zechen 607 000 Kumpel. Mit 150 Millionen Tonnen Jahresförderung wurde damals der Höhepunkt erreicht. Ende 2006 förderten noch knapp 36 000 Bergleute in acht Zechen – sieben in Nordrhein-Westfalen, eine im Saarland – rund 25 Millionen Tonnen Kohle. 1990 wurde gut ein Viertel des Stroms mit Hilfe von deutscher Steinkohle erzeugt, 2005 waren es lediglich zehn Prozent.

Die deutsche Kohleförderung ist technisch schwierig, weil die Kohle unter dicht besiedelten Gebieten in bis zu 1 500 Metern Tiefe abgebaut werden muss. In anderen Ländern liegt Steinkohle oft dicht unter der Erdoberfläche und kann leicht abgebagert werden. Deutsche Steinkohle ist deshalb mit 175 € je Tonne fast dreimal so teuer wie importierte Kohle, die am Weltmarkt für rund 62 € je Tonne gehandelt wird. Die deutsche Steinkohle ist deshalb nicht wettbewerbsfähig; nur durch Subventionen kann ihre Verwendung gesichert werden.

Seit 1961 sind rund 130 Milliarden € Subventionen für die Steinkohle ausgegeben worden. In diesem Jahr werden der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen rund 2,3 Milliarden € zahlen, Nordrhein-Westfalen trägt davon 20 Prozent. Bis zum kürzlich vereinbarten Ausstieg aus der Kohlesubventionierung im Jahr 2018 werden noch einmal 30 Milliarden € Subventionen fließen.

Wird die letzte Zeche 2018 tatsächlich stillgelegt, verursacht der Bergbau weiterhin Kosten. Durch rund 200 Jahre Abbau sind Teile des Ruhrgebiets um bis zu 20 Meter abgesunken. Damit keine Sumpfbereiche entstehen, müssen die Gruben permanent entwässert werden, und das auf unabsehbare Zeit. Für die Entwässerung, die Beseitigung von Bergschäden sowie die Pensionskosten werden künftig rund 400 Millionen € pro Jahr fällig werden – die so genannten Ewigkeitskosten.

www.deutsche-steinkohle.de/

Ungebrochene Fusionswelle

Im Jahr 2006 wurden weltweit gut 29 000 Fusionen und Übernahmen gezählt. Die Summe aller Kaufpreise betrug rund 3,1 Billionen €, rund 36 Prozent mehr als im Vorjahr. Zum Vergleich: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) belief sich im Jahr

2006 auf rund 2,3 Billionen €. Der Rekordwert aus dem Jahr 2000 – damals lag er bei 2,5 Billionen € – wurde damit übertroffen.

Den größten Betrag für eine Übernahme brachte der amerikanische Telekomriese AT&T auf: Er kaufte für gut 83 Milliarden US-Dollar (rund 62 Milliarden €) seinen Konkurrenten Bellsouth. In Deutschland sorgte der Kampf zwischen Merck und Bayer um den Pharmahersteller Schering für Aufsehen. Bei der wertmäßig größten Übernahme in der Bundesrepublik kam schließlich der Bayer-Konzern für knapp 17 Milliarden € zum Zuge.

www.ma-online.de/

Renditejagd mit Tücken

Im Jahr 2006 hat es eine bislang nicht gekannte Serie von Firmenzusammenbrüchen auf dem sogenannten grauen Kapitalmarkt gegeben. Tausende Anleger haben dadurch Ersparnisse von mehr als 500 Millionen € eingebüßt.

Der graue Kapitalmarkt unterliegt nicht der staatlichen Finanz- und Kreditaufsicht. Die Geldanlagen werden nicht über Börsen oder Bankfilialen angeboten. Typisch für den grauen Kapitalmarkt sind Spekulationsgeschäfte mit Rohstoffen, Immobilien-, oder Unternehmensbeteiligungen.

Vermittler grauer Kapitalanlagen locken die Anleger mit hohen Renditen und Steuervorteilen. Da vielen Sparern die Zinsen für normale Geldanlagen zu niedrig sind, lassen sie sich von der Aussicht auf außergewöhnliche Renditen blenden.

www.dias-ev.de/

Bürgergeld – Existenzsicherheit für alle

Die hohe Arbeitslosigkeit und die wachsende Zahl von Rentnern sind schwere Bürden für die Sozialsysteme in Deutschland. Die Politik hat schon mancherlei unternommen, um dauerhafte soziale Sicherheit zu gewährleisten. Überzeugende Lösungen hat sie nicht gefunden. Klar wurde lediglich, dass ein „großer Wurf“, ein „fundamentaler Wandel“ dringend nötig ist. – Bietet das Konzept des „Bürgergeldes“ einen Ausweg aus der Misere?

Das deutsche System der sozialen Sicherung ist in marodem Zustand. Immer mehr Menschen sind auf Leistungen der Sozialkassen angewiesen: auf Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, auf Sozialhilfe, Pflegegeld oder Renten. Alle Sozialleistungen müssen jedoch letztlich aus den Einkünften der Erwerbstätigen gezahlt werden. Etwas anderes ist nicht denkbar. Trotz der jüngsten Erfolgsmeldungen ist die Arbeitslosigkeit aber noch immer hoch. Der Anteil der Rentner und Pflegebedürftigen an der Bevölkerung steigt stetig. So fallen tendenziell die Einnahmen der Sozialkassen, während die Ausgaben steigen.

Ausweg: „Bürgergeld“?

Was tun? – Leistungskürzungen sind nicht mehr möglich. Aber auch mit Verbesserungen auf der Einnahmeseite kann nicht mehr gerechnet werden. Der arbeitenden Bevölkerung können keine weiteren Belastungen ihrer Löhne und Gehälter zugemutet werden. Schon seit langem steht fest, dass auch die Unternehmen von Lohnnebenkosten entlastet werden müssen, damit sie international wettbewerbsfähig bleiben.

In den vergangenen Monaten wurde eine Idee wiederentdeckt, die schon in den 1980er Jahren diskutiert wurde: das „Bürgergeld“. Bürger-

geld heißt, dass jedem Einwohner ein regelmäßiges Grundeinkommen gezahlt wird – und zwar nur dieses, und keinerlei weitere Unterstützung. Die Zahlung soll unabhängig von Bedürftigkeit und sonstigen Einnahmen erfolgen. Damit würden Sozialkosten und Verwaltungsaufwand gespart. Die wirtschaftliche Initiative würde beflügelt. Jedem würde finanzielle Existenzsicherheit geboten. Jeder würde in die Lage versetzt, sein Leben frei von wirtschaftlichen Zwängen zu gestalten. Jeder könnte seine Kräfte nutzen, um im Rahmen dieser neuen Freiheit seine Lebensumstände zu verbessern.

Viele weitere Vorteile dieser Grundsicherung werden eingeführt. Etwa, dass Arbeitnehmer bei der Suche nach einer Arbeit nicht mehr unter Zugzwang stehen, weil ihnen das Grundeinkommen sicher ist. Sie hätten die Möglichkeit, gründlicher zu suchen und müssten nicht jede Arbeit annehmen. Arbeitsplatzanforderungen und Qualifizierung würden besser aufeinander abgestimmt. Auch wirklich leistungsgerechte Löhne würden gezahlt. Die Arbeitsbedingungen würden sich automatisch verbessern. Auch die Arbeitsmarktflexibilität würde erhöht. Wenn der Einzelne finanziell abgesichert ist, fallen ihm Arbeitsplatzwechsel und

räumliche Veränderungen leichter als gegenwärtig. All das kommt dem Einzelnen, aber auch den Unternehmen zugute.

Freiheit, Flexibilität, Transparenz

Nicht genug damit. Da mit Einführung von Bürgergeld Sozialleistungen wegfallen, verschwinden die damit verbundenen Privilegierungen. Niemandem stehen aufgrund seiner besonderen Lebensumstände irgendwelche speziellen Zahlungen zu. Es muss nicht mehr um die Höhe von Kindergeld und Ausbildungshilfen, um Arbeitslosenunterstützung und Rentenhöhe gestritten werden. Das Bürgergeld ist die einzige Sozialleistung des Staates. Es ist außerordentlich transparent und zudem ein Muster für Verwaltungseffizienz. Nicht einmal ein Antragsformular im Bierdeckelformat wäre nötig, damit der Staat seine sozialen Aufgaben erfüllt.

Die leidige Finanzierungsfrage

Unverkennbar steht hinter dem Konzept ein faszinierendes Freiheitsverständnis: Jeder Einzelne kann tun, was seinen Neigungen entspricht. Arbeit soll für niemanden eine Notwendigkeit, sondern nur noch Teil seiner individuellen Selbstverwirklichung sein. Zu-



„Ich kann mir nicht vorstellen,
dass es einen Menschen gibt,
der nicht immer neue Bedürfnisse hat.“

Ludwig Erhard

dem werden mit dem Bürgergeld auch Tätigkeiten in Familie und Gesellschaft, die derzeit nicht zu Einkünften führen, aufgewertet. Ob sich jemand der Familie widmet, ob er sich der Muße hingibt oder ob er hart arbeitet, um viel zum Bürgergeld hinzu zu verdienen – all das bleibt seine alleinige Entscheidung.

Freilich steht und fällt das Konzept mit der Annahme, dass diese große individuelle Freiheit eine Entfesselung der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte bewirkt. Leider wird diese entscheidende Frage in der aktuellen Diskussion kaum erörtert.

Vor allem Dieter Althaus, der Ministerpräsident von Thüringen, und Götz Werner, der Gründer und Inhaber der Drogeriekette „dm“, haben der Idee des Grundeinkommens mit medienwirksamen Auftritten viel Aufmerksamkeit verschafft. Im Lauf der Zeit hat sich die Diskussion dann auf Spezial- und Detailfragen verengt: Schon die Begriffe „solidarisches Bürgergeld“ und „bedingungsloses Grundeinkommen“ betonen einseitig die Vorteile der Vorschläge, um sich dann mit finanztechnischen Schwierigkeiten und der Widerlegung von Einwänden zu befassen.

Beispielsweise wird das Prinzip der negativen Einkommenssteuer ausgiebig erörtert und dargelegt, wie man niedrige Einkünfte durch eine Steuergutschrift auf das Niveau des Bürgergeldes anheben kann, damit nur die Einkünfte besteuert werden, die das Bürgergeld übersteigen. Auch alternative Finanzierungsmethoden wurden erwogen. So

wurde beispielsweise über eine Abgabe auf den Konsum – ähnlich der heutigen Mehrwertsteuer – gesprochen. Doch mit diesen Diskussionen wurde von der Kernfrage abgelenkt: Um jedem Bürger ein auskömmliches Bürgergeld zahlen zu können, sind nach allen angestellten Modellrechnungen mehrere hundert Milliarden € nötig. Zusätzlich müssten Steuern erhöht oder neu eingeführt werden. Freilich würde der Staat mit der Einführung des Bürgergeldes von Sozialausgaben entlastet. Doch diese Einsparungen reichen nicht aus. Per Saldo muss mit einer zusätzlichen Belastung gerechnet werden.

Verantwortung als Grundbedingung

Lässt sich erwarten, dass mit der Einführung des Bürgergeldes eine beträchtliche Ausweitung des Sozialprodukts eintritt? Ist es realistisch, anzunehmen, dass aufgrund der Grundsicherung die wirtschaftliche Aktivität anwächst? Wäre es nicht viel eher denkbar, dass sich die volkswirtschaftliche Leistung vermindert?

Wie wird die Mehrheit der Bürger ihre größere Freiheit nutzen? Wenn sich zu viele Menschen gepolstert auf ihr sicheres Grundeinkommen auf die „faule Haut“ legen, würde die notwendige wirtschaftliche Dynamik nicht erreicht.

Man darf in diesem Zusammenhang nicht davon absehen, dass die vergangenen fünfzig Jahre des immerfort ausgedehnten Sozialstaates in Deutschland tiefe Spuren hinterlassen haben. Viele Bür-

ger sind in wirtschaftliche und soziale Abhängigkeiten hineingewachsen. Sie haben Anspruchsmentalitäten angenommen und sind durchaus geneigt, sich mit dem zufrieden zu geben, was sie aus dem Sozialstaat herauszuholen vermögen. Ohne einen Wandel dieser Mentalität kann das Bürgergeld nicht die Dynamik entwickeln, die zur Verwirklichung dieser schönen Idee erforderlich ist.

In diesem Zusammenhang kann auch der Hinweis auf Ludwig Erhards Wirtschaftswunder nicht überzeugen. Erhard hat mit seiner Wirtschaftsreform die wirtschaftliche Befreiung in einer Zeit veranlasst, als die Menschen nicht auf den Staat vertrauen konnten, sondern selbstverantwortlich denken und handeln mussten. Diese Zeit liegt lange zurück. Heute sind an Selbstverantwortung gewohnte Menschen rar geworden. Ohne sie kann das Bürgergeld aber nicht funktionieren.

Verantwortungsbewusstsein verloren gegangen

Wie wichtig für Erhard die Selbstverantwortung war, zeigt eine kleine Episode. 1956 schrieb Erhards späterer Staatssekretär für Europafragen, Alfred Müller-Armack, eine noch heute oft zitierte Formel nieder: „Der Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ist, wirtschaftliche Freiheit und sozialen Ausgleich zu verbinden.“ Als Erhard das las, war er empört. Er nannte diese Definition irreführend, kurzichtig und naiv. Sie müsse unbedingt korrigiert werden, denn der „tiefe Sinn“ der Sozialen Marktwirtschaft liege nicht in der bloßen

Verbindung von Freiheit und sozialer Sicherheit, sondern in einer Sozialpolitik, bei der die primäre Verantwortung jedes Einzelnen für seine Lebensumstände gewahrt wird.

Wie bedeutend dieser Aspekt heute ist, wurde kürzlich wieder deutlich. Am 4. Februar 2007 jährte sich der Geburtstag von Ludwig Erhard zum 110. Mal. Der amtierende Bundesminister für Wirtschaft, Michael Glos, hat aus diesem Anlass im Eingangsbereich seines Ministeriums eine Erhard-Büste aufstellen lassen, die ihm ein Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Dr. Herbert B. Schmidt, zur Verfügung gestellt hat. Alle bei der Feierstunde Anwesenden hielten den Hinweis von Dr. Barbier, dem Vorsitzenden der Ludwig-Erhard-Stiftung, für bedenkenswert: „Überall, wo sich Erhard politisch durchgesetzt hat, ernten wir noch immer die Früchte seiner Politik. Überall, wo gegen Erhards Überzeugungen politische Maßnahmen durchgesetzt wurden – beispielsweise in der Sozialpolitik –, haben sich Probleme aufgetürmt.“

Die Sozialpolitik hat seit Ende der 1950er Jahre die sozialpsychologischen Aspekte ignoriert, die für Erhard grundlegend waren. Sie besitzt heute nicht mehr das Fundament, das Erhard für tragfähig hielt: das in jedem Einzelnen lebendige Verantwortungsbewusstsein. Eine auf Dauer Erfolg versprechende Sozialreform müsste hier ansetzen. So gesehen ist das Bürgergeld vorerst nur eine Illusion, allerdings eine sehr schöne. Man sollte auf eine Realisierung hinwirken.

Lars Vogel



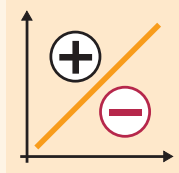
„Den Wert eines Unternehmens machen nicht Gebäude und Maschinen und auch nicht seine Bankkonten aus. Wertvoll an einem Unternehmen sind die Menschen, die dafür arbeiten, und der Geist, in dem sie es tun.“

Heinz Nordhoff, ehemaliger Generaldirektor von VW

IM KLARTEXT

Februar 2007

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Februar 2007

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Insolvenzen vernichteten im letzten Jahr 473 000 Arbeitsplätze. Zum dritten Mal in Folge fiel die Zahl. 2006 waren 16 Prozent weniger Arbeitsplätze betroffen als 2005.

Arbeitsplatzverlust

durch Insolvenz



Quelle: Creditreform

Auch im Jahr 2006 gab es wieder einige spektakuläre Großinsolvenzen, die den Verlust Tausender Arbeitsplätze bedeuteten – vor kurzem die BenQ-Pleite mit rund 3 000 Arbeitsplätzen. Die größte Insolvenz war allerdings die des Sicherheitsdienstes Heros: 4 600 Mitarbeiter waren von der Insolvenz betroffen.

Berücksichtigt ist bei diesen Zahlen, dass nicht bei jeder Firmenpleite alle Arbeitsplätze wegfallen. Rentable Unternehmensteile werden saniert und verkauft oder als eigenständige Unternehmen ausgliedert. Oftmals werden auch Auffanggesellschaften gegründet, die zumindest einige Beschäftigte übernehmen.

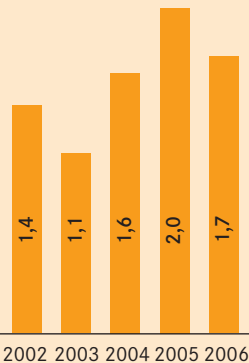
Geldwertstabilität



Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2006 gegenüber

Teuerungsrate

Verbraucherpreisindex in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

2005 um 1,7 Prozent gestiegen. Für den Preisanstieg waren vor allem die Energiepreise verantwortlich: Haushaltsenergie und Kraftstoffe verteuerten sich 2006 kontinuierlich – insgesamt um 8,5 Prozent. Ohne diese Verteuerung hätte die jahresdurchschnittliche Inflationsrate nur 0,9 Prozent betragen.

Nach Definition der Europäischen Zentralbank liegt Preisstabilität vor, wenn die Inflationsrate nicht mehr als zwei Prozent beträgt.

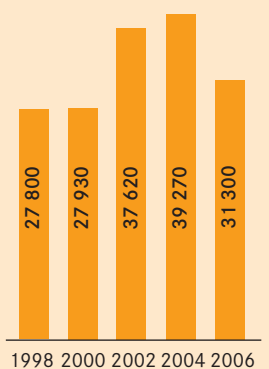
Eigenverantwortung



31 300 Unternehmen stellten 2006 einen Insolvenzantrag bei den Gerichten. Das war ein Rückgang um 15,1 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005, als noch 36 850 Unternehmen in die Pleite rutschten.

Besonders auffällig war der Pleiten-Rückgang im Baugewerbe: Dort wurden 2006 rund 22 Prozent weniger Insolvenzen gezählt als im Vorjahr. Aber auch in den anderen Wirtschaftsbereichen haben die günstige Konjunkturlage, niedrige Zinsen und eine

Firmenpleiten



Quelle: Creditreform

großzügigere Kreditausstattung viele Unternehmen vor der Insolvenz bewahrt.

In Euro und Cent summieren sich die durch Insolvenz unbezahlt gebliebenen Rechnungen auf 31,1 Milliarden €. Das sind 6,4 Milliarden € weniger als vor einem Jahr. Im Durchschnitt blieben damit pro Pleite 716 000 € an offenen Forderungen uneinbringlich. Arbeitnehmer, Lieferanten und Kreditgeber blieben auf 22,4 Milliarden € sitzen, der Staat musste 8,7 Milliarden € abschreiben.

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: dpa
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

himmler